Downloaded via the EU tax law app / web

C_2019220DE.01001902.xml

1.7.2019

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

C 220/19

Vorabentscheidungsersuchen des Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas (Litauen),
eingereicht am 16. April 2019 — XT/Valstybin? mokes?i? inspekcija prie Lietuvos Respublikos
finans? ministerijos

(Rechtssache C-312/19)

(2019/C 220/25)

Verfahrenssprache: Litauisch

Vorlegendes Gericht

Lietuvos vyriausiasis administracinis teismas

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger und Rechtsmittelführer: XT

Beklagte und Rechtsmittelgegnerin: Valstybin? mokes?i? inspekcija prie Lietuvos Respublikos
finans? ministerijos

Vorlagefragen

1.

Sind Art. 9 Abs. 1 und Art. 193 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006
über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (1) dahin auszulegen, dass unter Umständen wie
den hier vorliegenden nicht davon auszugehen ist, dass eine natürliche Person wie der Kläger die
fragliche (wirtschaftliche) Tätigkeit „selbständig“ ausgeübt und die Mehrwertsteuer für die streitigen
Lieferungen allein zu zahlen hat, und damit für die Zwecke von Art. 9 Abs. 1 und Art. 193 der
Richtlinie 2006/112/EG die gemeinsame Tätigkeit/Personengesellschaft (die an der gemeinsamen
Tätigkeit Beteiligten — hier der Kläger und sein Geschäftspartner — zusammen), die nach
nationalem Recht nicht als Steuerpflichtiger gilt und keine Rechtspersönlichkeit besitzt, der für die
fraglichen Verpflichtungen einstehende Steuerpflichtige ist und nicht allein eine natürliche Person
wie der Kläger?

2.

Bei Bejahung der ersten Frage: Ist Art. 193 der Richtlinie 2006/112/EG dahin auszulegen, dass die
Mehrwertsteuer unter Umständen wie den hier vorliegenden einzeln von jedem der an der
gemeinsamen Tätigkeit/Personengesellschaft Beteiligten (hier dem Kläger und seinem
Geschäftspartner) — wobei die gemeinsame Tätigkeit/Personengesellschaft nach nationalem

Recht nicht als Steuerpflichtiger gilt und keine Rechtspersönlichkeit besitzt — auf den Teil jeder Zahlung entrichtet wird, den er als Entgelt für die steuerpflichtige Lieferungen von Immobilien erhält (oder der ihm gegenüber aussteht oder ihm geschuldet wird)? Ist Art. 287 der Richtlinie 2006/112/EG dahin auszulegen, dass der dort genannte Jahresumsatz unter Umständen wie den hier vorliegenden unter Berücksichtigung der Gesamteinnahmen aus der gemeinsamen Tätigkeit (die von den an der gemeinsamen Tätigkeit Beteiligten zusammen erzielt werden) bestimmt wird?

(1) ABI. 2006, L 347, S. 1.